

**2. Beilage im Jahre 2023 zu den Sitzungsberichten  
des XXXI. Vorarlberger Landtages**

**Selbstständiger Antrag**

**Beilage: 2/2023**

An das  
Präsidium des  
Vorarlberger Landtages  
Landhaus  
6900 Bregenz

Bregenz, am 11. Jänner 2023

**BETREFF: Unsere Sicherheitskräfte fair entlohnen – „Vorarlberg-Bonus“ für  
Vorarlberger Polizisten und Soldaten sicherstellen!**

Sehr geehrter Herr Präsident!

Für uns Freiheitliche ist klar, dass wir die Sicherheit für die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger entsprechend gewährleisten müssen und dass es dazu bestmögliche regionale Strukturen und auch die entsprechende personelle und infrastrukturelle Ausstattung der Sicherheitskräfte braucht.

Gerade was die personelle Ausstattung anbelangt, ist aber die Situation vor allem bei der Polizei alles andere als zufriedenstellend. Einerseits quittieren jährlich mehrere dutzend Polizisten ihren Dienst und andererseits gelingt es auch nicht, fehlende Stellen in ausreichendem Maß nachzubeseetzen. Ein Grund dafür ist neben der stetig steigenden Belastung im Dienstalltag auch die einheitlich geregelte Bezahlung, die unterschiedliche Voraussetzungen bei den Lebenshaltungskosten nicht berücksichtigt. Dadurch entstehen Einkommensnachteile für Vorarlberger Polizistinnen und Polizisten.

Vorarlberg ist verglichen mit anderen Bundesländern ein Land mit hohen Lebenshaltungskosten. Besonders die Entwicklung im Wohnbereich hat letztendlich dazu geführt, dass in Vorarlberg gerade auch für Angehörige der Bundespolizei aufgrund des Besoldungssystems eine Kaufkrafteinschränkung entsteht. Es kann aus unserer Sicht nicht sein, dass ein Polizist im Burgenland, mit deutlich geringeren Wohnkosten, den gleichen Gehalt erhält wie ein Polizist in Vorarlberg, der u.a. viel höhere Aufwendungen für Wohnen zu bestreiten hat.

Mit der gleich gelagerten Problematik hat auch das Österreichische Bundesheer zu kämpfen. Auch hier kommt es aufgrund des einheitlichen Besoldungsrechtes für Vorarlberger Angehörige des Bundesheeres zu einem Kaufkraftunterschied gegenüber Heeresangehörigen in anderen Bundesländern.

Um diese Nachteile für Vorarlberger Polizisten und Soldaten im Land abzufedern und auch für diese Sicherheitskräfte ein faires Einkommen sicherzustellen, braucht es einen Vorarlberg-spezifischen Kaufkraftausgleich durch den Dienstgeber.

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtags folgenden

## **ANTRAG**

### **Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:**

1. Der Vorarlberger Landtag spricht sich aufgrund der im Bundesländervergleich unterschiedlichen Lebenshaltungskosten für die Gewährung eines Kaufkraftausgleichs („Vorarlberg-Bonus“) für Vorarlberger Angehörige der Bundespolizei sowie des Österreichischen Bundesheeres durch den Dienstgeber aus.
2. Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert, sich mit der notwendigen Vehemenz bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass für Vorarlberger Angehörige der Bundespolizei sowie des Österreichischen Bundesheeres vom Dienstgeber ein Kaufkraftausgleich gewährt wird.

LAbg. KO Christof Bitschi

LAbg. Dr. Hubert Kinz

**Der XXXI. Vorarlberger Landtag hat in seiner 2. Sitzung im Jahr 2023, am 8. März, den Selbstständigen Antrag, Beilage 2/2023, mit den Stimmen der VP-Fraktion und der Fraktion Die Grünen mehrheitlich abgelehnt (dafür: FPÖ, SPÖ, NEOS und der fraktionslose Abg. Hopfner).**

**Hinweis: siehe auch Selbstständiger Antrag, Beilage 3/2023, und Vorlage des Finanzausschusses, Beilage 39/2023**